



Anfragen: Wintersession 2023

Direktion Nummer	Grossrätin/Grossrat	Titel	Seite
Justizleitung (JL)			
7	Zbinden (Mittelhäusern, SVP)	Verfahrensfehler bei Littering-Busse	4
Sicherheitsdirektion (SID)			
6	Berger-Sturm (Grosshöchstetten, SP)	Auswirkung der geänderten eidgenössischen Verordnungen zur Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs	5
20	Berger-Sturm (Grosshöchstetten, SP)	Lehrabbrüche bei negativem Asylentscheid	6
23	Grupp (Biel, GRÜNE)	Unhaltbare Zustände im Bereich Migration der Stadt Biel	7
Direktion für Inneres und Justiz (DIJ)			
3	Reinhard (Thun, FDP)	Inventarkontrolle über die Anordnung erbrechtlicher Inventare im Zivilgesetzbuch	8
5	Reinhard (Thun, FDP)	Vorgehen Siegelungsprotokoll im Todesfall	9
24	Jeanneret (Sankt Immer, FDP)	Grundbuchämter – Methode(n) zur Beurteilung der Arbeitslast	10
31	von Arx (Spiegel b. Bern, GLP) (Sprecher/-in) Berger (Burgdorf, SP) Aebi (Hellsau, SVP)	Einsatz von künstlicher Intelligenz bei der Bearbeitung von Baugesuchen	11
Bau- und Verkehrsdirektion (BVD)			
1	von Wattenwyl (Tramelan, GRÜNE) (Sprecher/-in) Grupp (Biel, GRÜNE)	Eröffnung des Ligerztunnels um drei Jahre verschoben	12
9	Remund (Mittelhäusern, GRÜNE) (Sprecher/-in) von Wattenwyl (Tramelan, GRÜNE) Stampfli (Wabern, SP)	Kürzungen im Regionalverkehr des Bundes – Wie geht der Regierungsrat damit um?	13
10	von Wattenwyl (Tramelan, GRÜNE)	PFAS – Bedrohung durch sogenannte «Ewigkeitschemikalien»	14
11	von Wattenwyl (Tramelan, GRÜNE)	Grenzen der Freude am Fallschirmspringen	15

12	Brügger (Höfen b. Thun, SVP) (Sprecher/-in) Krähenbühl (Unterlangenegg, SVP)	Wann wird der neue Milchviehstall auf dem Inforama Hondrich gebaut?	16
14	Schori (Wiler b. Seedorf, SVP)	Pachtverträge mit ANF-Auflagen	17
17	Schlup (Schüpfen, SVP)	Dorfstrasse Schüpfen	18
21	Berger-Sturm (Grosshöchstetten, SP)	Welche Massnahmen gegen die Verbreitung der Quagga-Muschel werden umgesetzt?	19
32	Jeanneret (Sankt Immer, FDP)	Verkehr in Sankt Immer – Strassenkreuzung Rue de la Suze und Rue du Midi	20
33	Jeanneret (Sankt Immer, FDP)	Kantonsstrasse Grand Rue in Sankt Immer – Stand der Dinge	21

Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektion (WEU)

2	Aebi (Hellsau, SVP)	Gelan – Kosten und Compliance	22
16	Fiechter (Oberwil im Simmental, SVP)	Anpassung Jagdverordnung – Handelt der Kanton Bern und schützt er Nutztiere wie auch die Bevölkerung vor dem Wolf?	23
25	Riem (Iffwil, Die Mitte)	Wildschäden um und innerhalb von Jagdbanangeboten	24

Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion (GSI)

15	Steiner (Boll, EVP)	Asyl: Kollektivunterkünfte	25
26	Zybach (Spiez, SP)	Kooperationsverträge im Gesundheitswesen Kanton Bern	26
28	Riesen (Neuenstadt, ES) (Sprecher/-in) Gerber (Hinterkappelen, GRÜNE)	Kantonaler Hitzeaktionsplan zum Schutz von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern	27
29	Zbinden (Mittelhäusern, SVP)	Sozialhilfeempfänger fährt Porsche	28
30	Zybach (Spiez, SP)	Stand kantonale Opferhilfestrategie 2023–2033 nach teilweiser Rückweisung durch den Grossen Rat vom 13.3. 2023	29

Bildungs- und Kulturdirektion (BKD)

4	Arn (Muri b. Bern, FDP)	Immobilien-gesellschaft Berner Hochschulen	30
8	Zbinden (Mittelhäusern, SVP)	Politische Neutralität der Schulleitungen	31
18	Jakob (Steffisburg, SVP)	Besonderes Volksschulangebot – Wachstum seit Einführung im Schuljahr 2008/2009	32
19	Jakob (Steffisburg, SVP)	Stärkung der Volksschule – Geplante Massnahmen bei den Anstellungsbedingungen	33
27	Zbinden (Mittelhäusern, SVP)	Qualität des Sexualkundeunterrichts an Berner Schulen	34
34	Ritter (Burgdorf, GLP)	Fragen betreffend Einführung von SAP in der Bildungs- und Kulturdirektion	35

Finanzdirektion (FIN)

13	Schär (Schönried, FDP)	Zukünftige Neubewertung der amtlichen Werte für Liegenschaften im Kanton Bern	36
22	Vanoni (Zollikofen, GRÜNE) (Sprecher/-in) Kohler (Meiringen, GRÜNE)	Nachhaltige und klimaschonende Beschaffung: Umsetzung der IVöB 2019 in Kanton und Gemeinden?	37

Anfragen Wintersession 2023

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 7

Eingereicht am: 23.11.2023

Eingereicht von: Zbinden (Mittelhäusern, SVP)

Beantwortung: JL

Verfahrensfehler bei Littering-Busse

Der Anfragesteller hat verwundert vom BZ-Artikel mit dem Titel: «Der Sieg eines Abfallsünders kostet den Kanton 1450 Franken», der am 4. November 2023 erschienen ist, Kenntnis genommen. Aufgrund des im Artikel geschilderten Sachverhalts stellen sich dem Anfragesteller einige Fragen.

Fragen:

1. Ist der genannte Betrag von 1450 Franken zu Lasten des Kantons korrekt wiedergegeben, und welche kantonale Stelle trägt diese Kosten?
2. Muss der im Artikel erwähnte Beschuldigte die ursprüngliche Busse trotz des Verfahrensfehlers noch bezahlen?
3. Welche Lehren ziehen die betroffenen kantonalen Stellen aus diesem Fall?

Verteiler

- Grosser Rat
- Justizleitung

Anfragen Wintersession 2023

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 6

Eingereicht am: 17.11.2023

Eingereicht von: Berger-Sturm (Grosshöchstetten, SP)

Beantwortung: SID

Auswirkung der geänderten eidgenössischen Verordnungen zur Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs

Drei Ausführungserlasse (VÜPF, VVS-ÜPF, VD-ÜPF) des Bundesgesetzes über die Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs (BÜPF) werden an technologische Entwicklungen, u. a. die 5G-Technologie, angepasst.¹ Die entsprechenden Verordnungen treten nach breiter Vernehmlassung per 1. Januar 2024 in Kraft. Neben technischen Anpassungen wurden auch neue zusätzliche Überwachungstypen eingeführt. Dies wurde in der Vernehmlassung von verschiedenen Seiten kritisiert. Weiterhin treten neu Pauschalen statt individueller Rechnungen an die Kantone für die bestellten Überwachungen in Kraft (FV-ÜPF).² Wie beurteilt der Kanton Bern die Entwicklung der Überwachung im Post- und Fernmeldeverkehr?

Fragen:

1. Welche organisatorischen und personellen Auswirkungen dieser geänderten Erlasse sind bei den Strafverfolgungsbehörden im Kanton Bern zu erwarten?
2. Welche finanziellen Auswirkungen haben diese Erlasse für den Kanton Bern?
3. Überwachungskosten können an Verfahrensbeteiligte überwältigt werden. Welche Änderungen ergeben sich durch die angepassten eidgenössischen Verordnungen für Betroffene im Kanton Bern?

Verteiler

- Grosser Rat
- Sicherheitsdirektion

¹ Anpassungen der Verordnungen zur Fernmeldeüberwachung;

² Pauschalen für Fernmeldeüberwachung <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-98586.html>

Anfragen Wintersession 2023

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 20

Eingereicht am: 27.11.2023

Eingereicht von: Berger-Sturm (Grosshöchstetten, SP)

Beantwortung: SID

Lehrabbrüche bei negativem Asylentscheid

Asylsuchende, die zum Zeitpunkt des negativen Entscheids zu ihrem Asylgesuch bereits eine Lehre begonnen haben, müssen diese abbrechen, da mit der Rechtskraft des Negativentscheids auch die erteilte Arbeitsbewilligung erlischt. Im Einführungsgesetz zum Ausländer- und Integrationsgesetz sowie zum Asylgesetz ist aber neu festgehalten, dass Personen, die bereits mehrere Jahre in der Schweiz sind, ein bestehendes Lehrverhältnis abschliessen können. Die Härtefallkriterien werden auch bei abgewiesenen Asylsuchenden in der Lehre angewendet und müssen erfüllt sein.³

Art. 9 EG AIG und AsylG

Antrag auf Härtefallbewilligung oder Verlängerung der Ausreisefrist

¹ Die zuständige Stelle der Sicherheitsdirektion beantragt der zuständigen Stelle des Bundes in Anwendung von Artikel 14 Absatz 2 und Artikel 45 Absatz 2bis AsylG, dass Personen, die nach mehrjährigem Asylverfahren einen rechtskräftigen Wegweisungsentscheid erhalten, ein bestehendes Lehrverhältnis abschliessen können. Die Voraussetzungen des Bundesrechts sind dabei zu berücksichtigen.

Fragen:

1. Wie viele Lehrverträge mit asylsuchenden Personen (aufgeschlüsselt nach Verfahrensstand / Status) bestanden 2023 im Kanton Bern?
2. Wie viele Lernende mussten 2023 ihre Lehre aufgrund eines negativen Asylentscheids abbrechen?
3. Bei wie vielen Lernenden kam Artikel 9 EG AIG und AsylG zur Anwendung und hat zu einer Verlängerung der Ausreisefrist oder zu einer Härtefallbewilligung geführt, damit sie ihre Lehre abschliessen können?

Verteiler

- Grosser Rat
- Sicherheitsdirektion

³ https://www.kkf-oca.ch/wp-content/uploads/FI_Haertefall_D_web.pdf

Anfragen Wintersession 2023

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 23

Eingereicht am: 27.11.2023

Eingereicht von: Grupp (Biel, GRÜNE)

Beantwortung: SID

Unhaltbare Zustände im Bereich Migration der Stadt Biel

Wer als Ausländerin oder Ausländer nach Biel zieht, hat kein gutes Los gezogen. Nicht einmal für Bürgerinnen und Bürger aus EU/EFAT-Staaten ist es oft möglich, innert nützlicher Zeit zu einer Aufenthaltsbewilligung (B-Ausweis) zu kommen. Obwohl es sich um ein standardisiertes Verfahren handelt, kommt es regelmässig zu Fristen von mehreren Monaten, auch wenn alle Papiere vorliegen, inklusive Arbeitsvertrag.

Besonders eklatant scheint ein Fall eines Deutschen zu sein, der am Inselspital doktorierte. Er erhielt seinen C-Ausweis ganze 15 Monate nach seinem Antrag, wie einem Artikel im Bieler Tagblatt vom 15. November 2023 zu entnehmen ist. Zitat: *Grenzkontrolle auf der Rückreise aus Deutschland. Es wird nach meinem Ausländerausweis gefragt und ich kann nur den alten abgelaufenen B-Ausweis und die zwei abgelaufenen Bestätigungen für hängiges Verfahren vorweisen. Als ich erwähne, dass ich in Biel wohne, nickt der Grenzpolizist wissend ab.*

Ein weiterer Fall betrifft einen deutschen Ingenieur mit seiner Familie. Trotz vorliegendem Arbeitsvertrag in einem Bieler Planungsbüro wartet er vorerst 6 Monate auf seinen B-Ausweis, ohne Nachricht aus dem Bereich Migration der Bieler Einwohner- und Spezialdienste. Nach zweimaliger politischer Intervention an höchster Stelle kann er die Aufenthaltsbewilligung nach neun Monaten abholen. Das sind nur zwei Fälle, die vielleicht aufgrund ihrer langen Bearbeitungsdauer bei eigentlich sehr klarer Ausgangslage publik wurden. Sie stellen aber die Spitze des Eisbergs dar, denn es warten Stand November 2023 1400 Menschen auf einen Bescheid des Bereichs Migration, teils schon sehr lange. Laut Auskunft des ABEV dauert ein entsprechender Prozess im Kantonsdurchschnitt zwischen zwei und vier Wochen.

Die Städte Bern, Biel und Thun können gemäss dem Einführungsgesetz zum Ausländer- und Integrationsgesetz sowie zum Asylgesetz (EG AIG und AsylG) die Prozesse zur Erteilung von B- und C-Ausweisen eigenständig durchführen. Das ABEV ist dabei Aufsichtsbehörde für die drei städtischen Gemeinden. Bisher wurde aber auf eine Intervention in Biel verzichtet, obwohl die (über)langen Fristen bekannt sind.

Auch wenn der Aufenthalt in den vorliegenden Fällen «inoffiziell» möglich war, ergeben sich grosse Nachteile. Sei es beim Grenzübertritt, bei der Eröffnung einer Bank- oder Postverbindung oder auch bei anderen Behördengängen – die Gesuchstellenden sind ständig auf Goodwill angewiesen, um ihren Alltag organisieren zu können.

Fragen:

1. Sind dem Regierungsrat die eklatant langen Fristen zur Bearbeitung von Gesuchen im Bieler Bereich Migration bekannt?
2. Falls ja, wie beurteilt er diese, namentlich auch im Vergleich zu den Städten Bern und Thun und der Verfahrensdauer bei allen anderen Gemeinden durch das ABEV?
3. Ab wann oder aufgrund welcher Kriterien erachtet es der Regierungsrat als angezeigt, dass das ABEV als Kontrollbehörde bei Missständen wie denjenigen in Biel aktiv wird?

Verteiler

- Grosser Rat
- Sicherheitsdirektion

Anfragen Wintersession 2023

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 3

Eingereicht am: 07.11.2023

Eingereicht von: Reinhard (Thun, FDP)

Beantwortung: DIJ

Inventarkontrolle über die Anordnung erbrechtlicher Inventare im Zivilgesetzbuch

Beim Todesfall werden gegebenenfalls die im Zivilgesetzbuch vorgesehenen Inventare (Inventar bei Nach-
erbeneinsetzung gemäss Art. 491 ZGB, Erbschaftsinventar gemäss Art. 553 ZGB, öffentliches Inventar
gemäss Art. 580 ff. ZGB) sowie das Steuerinventar angeordnet.

Fragen:

1. Für welche Inventare führt jedes der zehn Regierungsstatthalterämter im Geschäftsbereich Erbschafts-
wesen eine Kontrolle des jeweils angeordneten und von der betreffenden Notarin oder vom betreffenden
Notar beurkundeten Inventars durch?
2. Gestützt auf welche rechtliche Grundlage wird die Kontrolle der eingangs erwähnten Inventare durchge-
führt?

Verteiler

- Grosser Rat
- Direktion für Inneres und Justiz

Anfragen Wintersession 2023

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 5

Eingereicht am: 16.11.2023

Eingereicht von: Reinhard (Thun, FDP)

Beantwortung: DIJ

Vorgehen Siegelungsprotokoll im Todesfall

Siegelungsprotokolle gemäss Artikel 58 Absatz 1 EG ZGB werden in jedem Todesfall durch die für die Siegelung zuständige Behörde erstellt und zusammen mit den zuletzt eingereichten Steuerformularen an das zuständige Regierungsstatthalteramt weitergeleitet.

Fragen:

1. Dient das von der für die Siegelung zuständigen Behörde in der jeweiligen Gemeinde erstellte Siegelungsprotokoll (Art. 58 Abs. 1 EG ZGB) dem betreffenden Regierungsstatthalteramt als Angabe für die in Artikel 2 der Verordnung über die Errichtung eines Inventars genannten Voraussetzungen bezüglich der Anordnung eines Steuerinventars?
2. Wird das erstellte und dem jeweiligen Regierungsstatthalteramt übermittelte Siegelungsprotokoll dort näher geprüft, sofern dort steht,
 - a) dass eine amtliche Siegelung vorgenommen wurde (aber ohne Hinweis auf Art. 58 Abs. 1 EG ZGB und ohne beigelegte Kopie dieses Siegelungsprotokolls)?
 - b) dass ein Tresorfach gesperrt wurde (mit erforderlichen Angaben, aber ohne Hinweis, wer das Tresorfach gemietet hat und ob die Voraussetzungen gemäss Art. 58 Abs. 2 EG ZGB gegeben sind, fehlende Begründung der Sperre und der Rechtsmittelbelehrung)?

Verteiler

- Grosser Rat
- Direktion für Inneres und Justiz

Anfragen Wintersession 2023

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 24

Eingereicht am: 27.11.2023

Eingereicht von: Jeanneret (Sankt Immer, FDP)

Beantwortung: DIJ

Grundbuchämter – Methode(n) zur Beurteilung der Arbeitslast

Die Verzögerungen bei der Bearbeitung der Geschäfte in den Grundbuchämtern wurden im Grossen Rat schon oft vorgebracht, genauso wie der Wechsel bei der Amtsleitung des kantonalen Grundbuchamts. Diese Anfrage zielt darauf ab, einen Überblick über den Stand und die Entwicklung der Fallbearbeitung zu erhalten.

Fragen:

1. Welche Massnahmen wurden im Anschluss an die Prüfung in Bezug auf die Entwicklung der Verzögerungen bei den Geschäften und die Anfrage in der Herbstsession 2023 umgesetzt oder werden bis Ende 2023 umgesetzt?
2. Gibt es eine Methode oder einen Indikator für die Bearbeitung der Geschäfte und den Umfang der Pendenzen?
3. Wenn ja: Welche Kriterien wurden für die Beurteilung der Pendenzen festgelegt?

Verteiler

- Grosser Rat
- Direktion für Inneres und Justiz

Anfragen Wintersession 2023

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 31

Eingereicht am: 27.11.2023

Eingereicht von: von Arx (Spiegel b. Bern, GLP) (Sprecher/-in)
Berger (Burgdorf, SP)
Aebi (Hellsau, SVP)

Beantwortung: DIJ

Einsatz von künstlicher Intelligenz bei der Bearbeitung von Baugesuchen

Die vielfältigen Einsatzmöglichkeiten von Software, die auf sogenannter künstlicher Intelligenz beruht, verändern unseren Alltag und bergen grosses Potenzial für die Vereinfachung administrativer Massengeschäfte. Darunter fallen beispielsweise Baugesuche.

Denkbar wäre der Einsatz von künstlicher Intelligenz bei der Behandlung von Baugesuchen etwa, um die Vollständigkeit der Unterlagen zu prüfen. Weiter könnte sogar eine erste materielle Rückmeldung zum Baugesuch gegeben werden.

Der Kanton Bern verfügt über mehrere Hochschulen, die sich intensiv mit Anwendungen der künstlichen Intelligenz befassen. Es bietet sich an, dass der Kanton zusammen mit seinen Hochschulen KI-basierte Softwarelösungen zur Bearbeitung von Baugesuchen erarbeitet, sofern solche noch nicht bestehen.

Fragen:

1. Wird gegenwärtig im Kanton Bern bei der Bearbeitung von Baugesuchen künstliche Intelligenz eingesetzt?
2. Hat der Regierungsrat konkrete Massnahmen in die Wege geleitet, die das Ziel verfolgen, dass im Kanton Bern künftig künstliche Intelligenz bei der Bearbeitung von Baugesuchen eingesetzt wird?
3. Kann sich der Regierungsrat vorstellen, ein Projekt zum Einsatz von künstlicher Intelligenz bei der Bearbeitung von Baugesuchen zu lancieren?

Verteiler

- Grosser Rat
- Direktion für Inneres und Justiz

Anfragen Wintersession 2023

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 1

Eingereicht am: 13.09.2023

Eingereicht von: von Wattenwyl (Tramelan, GRÜNE) (Sprecher/-in)
Grupp (Biel, GRÜNE)

Beantwortung: BVD

Eröffnung des Ligerztunnels um drei Jahre verschoben

Am 12. September 2023 berichteten die Medien, dass die Inbetriebnahme des Eisenbahnkorridors zwischen Ligerz und Twann im Kanton Bern nicht vor Ende 2029 erfolgen wird, was einer Verzögerung um drei Jahre entspricht. Als Gründe werden Einsprüche und Umweltstandards genannt. All dies war schon sehr lange bekannt! Warum kommt es überhaupt so weit?

Fragen:

1. Wie plant der Kanton Bern, die Interessen der ÖV-Benutzerinnen und ÖV-Benutzer, aber auch der Velofahrerinnen und Velofahrer zu wahren, die auf der gefährlichen Strecke Neuenstadt–Biel verkehren?
2. Welche Massnahmen werden ergriffen, um einen einfachen Zugang zur Standseilbahn «vinifuni» in Ligerz zu gewährleisten, wenn die Bahnhöfe Ligerz und Twann definitiv bzw. vorübergehend geschlossen werden?
3. Warum werden die Umweltmassnahmen heute als Grund herangezogen, obwohl sie bereits seit 2021 bekannt sind?

Verteiler

- Grosser Rat
- Bau- und Verkehrsdirektion

Anfragen Wintersession 2023

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 9

Eingereicht am: 24.11.2023

Eingereicht von: Remund (Mittelhäusern, GRÜNE) (Sprecher/-in)
von Wattenwyl (Tramelan, GRÜNE)
Stampfli (Wabern, SP)

Beantwortung: BVD

Kürzungen im Regionalverkehr des Bundes – Wie geht der Regierungsrat damit um?

Der Bundesrat hat angekündigt, beim Regionalen Personenverkehr (RPV) ab 2024 sparen zu wollen. Die bereits eingeplanten Ausgaben sollen nach dem Bundesrat ab 2024 um 2 Prozent gekürzt werden. Das bedeutet, dass für die Finanzierung des RPV für 2024 92 Millionen Franken (7,8 Prozent) weniger zur Verfügung stehen als 2023. Das führt entweder zu Mehrkosten beim Kanton, zu einem Abbau des Angebots, zu schlechteren Vergütungen/Arbeitsbedingungen des Personals (z. B. kein Teuerungsausgleich) und/oder zu Tarifierhöhungen (diese sind bereits angekündigt). Alle Massnahmen widersprechen einer konsistenten Klima- und Verlagerungspolitik.

Fragen:

1. Hat sich der Regierungsrat gegen die Sparmassnahme des Bundes eingesetzt – und falls ja, wie?
2. Was wären die Auswirkungen der Sparmassnahmen des Bundes für den Kanton Bern?
3. Sind bereits konkrete Massnahmen (in Ergänzung zu den Tarifierhöhungen) in Planung?

Verteiler

- Grosser Rat
- Bau- und Verkehrsdirektion

Anfragen Wintersession 2023

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 10

Eingereicht am: 24.11.2023

Eingereicht von: von Wattenwyl (Tramelan, GRÜNE)

Beantwortung: BVD

PFAS – Bedrohung durch sogenannte «Ewigkeitschemikalien»

PFAS (sprich: Pefas) ist die Abkürzung für über 4700 per- und polyfluorierte Alkylverbindungen, die von der Chemieindustrie geschaffen wurden und in der Natur nicht vorkamen. Es handelt sich dabei um äusserst stabile und schwer abbaubare Moleküle, die sich aus unzerstörbaren Verbindungen zwischen Fluor- und Kohlenstoffatomen zusammensetzen.

Man bezeichnet sie als Ewigkeitschemikalien, weil sie sich nicht abbauen, wenn sie in der Natur freigesetzt werden oder in die Umwelt gelangen.

Die Verwendung dieser Substanzen vermehrt sich exponentiell seit der Mitte des letzten Jahrhunderts. Man findet sie in gewissen Textilien, Nahrungsmittelverpackungen, Haushaltsprodukten, Kosmetika, Farben, Bodenbelägen, Flammenschutzmitteln, Imprägniermitteln, Pflanzenschutzmitteln und Antihafbeschichtungen von Bratpfannen.

PFAS sind bekannt dafür, dass sie sich durch die Kontaminierung von Nahrungsmitteln mehr oder weniger definitiv im Körper von tierischen und menschlichen Konsumenten festsetzen. Gewisse PFAS gelten als krebserregend und als endokrine Disruptoren, aber auch als Auslöser von Schilddrüsenerkrankungen, Hormonstörungen und Gewichtszunahme.

Fragen:

1. Wie sieht die Situation bezüglich PFAS in Berner Gewässern und im Grundwasser aus?
2. Wie sieht die Situation bezüglich PFAS im Fleisch, in der Milch und in Eiern aus?
3. Was unternimmt der Kanton, um die Belastung von Mensch und Umwelt zu reduzieren?

Verteiler

- Grosser Rat
- Bau- und Verkehrsdirektion

Anfragen Wintersession 2023

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 11

Eingereicht am: 24.11.2023

Eingereicht von: von Wattenwyl (Tramelan, GRÜNE)

Beantwortung: BVD

Grenzen der Freude am Fallschirmspringen

Seit Jahren leidet ein Teil der Bevölkerung des Berner Juras und der Region Biel-Seeland unter dem Flugverkehr, insbesondere wegen der Flugzeuge, die für den Absprung von Fallschirmspringerinnen und Fallschirmspringern aufsteigen. Eine Petition wurde gestartet: <https://www.petitionenligne.ch/a/373344>.

Fragen:

1. Kann ein runder Tisch mit allen Betroffenen organisiert werden?
2. Welche Gesetze oder Rechtsvorschriften regeln die Belastung durch den Flugverkehr (vor allem in Bezug auf Fluglärm und Flugzeiten) über Städten, Dörfern, Spitälern und Naturschutzgebieten?
3. Wer (welche Behörde) ist für das Einhalten der Vorschriften verantwortlich, und wie werden Kontrollen durchgeführt?

Verteiler

- Grosser Rat
- Bau- und Verkehrsdirektion

Anfragen Wintersession 2023

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 12

Eingereicht am: 26.11.2023

Eingereicht von: Brügger (Höfen b. Thun, SVP) (Sprecher/-in)
Krähenbühl (Unterlangenegg, SVP)

Beantwortung: BVD

Wann wird der neue Milchviehstall auf dem Inforama Hondrich gebaut?

Der Standort Hondrich des Inforamas ist nicht nur Zentrum für die Berglandwirtschaft, sondern auch für die Alpwirtschaft. So erfolgen beispielsweise die Alpkäserkurse auf dem Hondrich. Auch das Erlernen des Melkens und die Rindviehhaltung allgemein gehören zu den Ausbildungsinhalten. Der veraltete Stall, der von einer Pächterfamilie betrieben wird, erfüllt allerdings die Anforderungen betrieblicher Art und vor allem auch bezüglich Tierschutz schon lange nicht mehr. Nur gerade sechs Stallplätze sind für die Haltung von Kühen noch ausreichend. Da offenbar gemäss Medienberichten der zweite Stall in Spiez der Pächterfamilie ab Ende Jahr 2025 nicht mehr zur Verfügung steht, droht hier ein massives Problem für die Gewährleistung der Ausbildung auf dem Hondrich. Dabei soll der Standort auch gemäss der Inforama-Strategie, die momentan überarbeitet wird, langfristig als Zentrum für die Berg- und Alpwirtschaft erhalten bleiben. Zudem hat sich der Grosse Rat in der Herbstsession 2023 im Zusammenhang mit der Inforama-Strategie explizit dafür ausgesprochen, die ohnehin geplanten, da unbestrittenen Bauten wie namentlich eben auch den Milchviehstall auf dem Hondrich rasch voranzutreiben.

Fragen:

1. Gemäss Medienberichten sei der Neubau des Stalls beim zuständigen Amt für Grundstücke und Gebäude (AGG) «untergegangen». Warum kam es dazu?
2. Wie ist der aktuelle Stand der Planung für den Neubau des Milchviehstalles auf dem Inforama Hondrich?
3. Wann wird der neue Milchviehstall voraussichtlich gebaut?

Verteiler

- Grosser Rat
- Bau- und Verkehrsdirektion

Anfragen Wintersession 2023

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 14

Eingereicht am: 27.11.2023

Eingereicht von: Schori (Wiler b. Seedorf, SVP)

Beantwortung: BVD

Pachtverträge mit ANF-Auflagen

Der Kanton Bern ist Eigentümer von produktivem Landwirtschaftsland innerhalb der Fruchtfolgefläche. Er bewirtschaftet dieses entweder selbst oder verpachtet es über das Amt für Grundstücke und Gebäude (AGG) an private Bewirtschafter.

Für die landwirtschaftliche Parzelle Ins-GB Nr. 6067, Churzeteile, wurde im Sommer dieses Jahres ein Pachtvertrag an den Betriebsnachfolger mit der Auflage der Überführung in eine «Fruchtfolgefläche Brache konstant» und damit der Entlassung aus der landwirtschaftlichen Produktion neu verfügt. Für die Umsetzung dieses Zusatzrahmenvertrags der Abteilung Naturförderung (ANF) als Weiterpachtauflage wurden 500 Franken pro Jahr und Hektar in Aussicht gestellt. Da sich der junge Betriebsübernehmer mit dem damit verbundenen «Zwangsentzug» der Fläche aus der landwirtschaftlichen Produktion schwertat, wurde ihm die Pachtübertragung nicht gewährt und die Parzelle nach der 10-jährigen Vorpacht an einen «auflagenwilligen» Pächter weiterverpachtet.

Fragen:

1. Wie viele Hektar Fruchtfolgeflächen in Staatsbesitz sind derzeit durch solche Rahmenverträge des ANF der ordentlichen landwirtschaftlichen Produktion entzogen?
2. Gibt es weitere Beispiele solcher Pachtverweigerungen in den letzten zwei Jahren, und wird diese Praxis fortgesetzt?
3. Wenn ja: Auf welcher Rechtsgrundlage beruht diese Praxis?

Verteiler

- Grosser Rat
- Bau- und Verkehrsdirektion

Anfragen Wintersession 2023

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 17

Eingereicht am: 27.11.2023

Eingereicht von: Schlup (Schüpfen, SVP)

Beantwortung: BVD

Dorfstrasse Schüpfen

Auf Druck des Elternrats in Schüpfen planen nun der Kanton und die Gemeinde die Neugestaltung der Dorfstrasse (Kantonsstrasse).

Fragen:

1. Wieso erarbeitete das Tiefbauamt auf Anfrage des Elternrats ein teures Projekt, ohne dass die Gemeinde vorher einbezogen wurde?
2. Warum wurde kein Mitwirkungsverfahren mit anderen Interessierten gemacht?
3. Ist der Grund für dieses unkoordinierte Vorgehen, dass der Präsident des Elternvereins beim Astra arbeitet?

Verteiler

- Grosser Rat
- Bau- und Verkehrsdirektion

Anfragen Wintersession 2023

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 21

Eingereicht am: 27.11.2023

Eingereicht von: Berger-Sturm (Grosshöchstetten, SP)

Beantwortung: BVD

Welche Massnahmen gegen die Verbreitung der Quagga-Muschel werden umgesetzt?

Die Quagga-Muschel verbreitet sich rasant in den Schweizer Seen. Der Bund hat im November eine besorgniserregende Prognose veröffentlicht zur Verbreitung der Quagga-Muschel.⁴

Im Kanton Bern sind der Bieler und der Neuenburger See stark betroffen. Der potentielle Schaden für Fischerei und Infrastruktur ist enorm. In der Frühlingssession 2023 hat der Grosse Rat deshalb mit der Motion 218-2022 einstimmig den Auftrag erteilt, Massnahmen gegen die Verbreitung der Quagga-Muschel zu ergreifen, u. a. eine Bootsreinigungspflicht, Meldepflicht und Information.

Man sollte mit den Massnahmen nicht warten. Jetzt vor der Winterpause ist eine gute Zeit, Boote gründlich zu reinigen. Die weniger intensive Zeit kann auch genutzt werden für Informationskampagnen, das Aufstellen von Hinweistafeln usw. So sind Bootsleute im Frühjahr sensibilisiert, wenn die Saison wieder anfängt.

Fragen:

1. Was ist der Stand der Umsetzung der Motion?
2. Welche Massnahmen sind bereits umgesetzt?

Verteiler

- Grosse Rat
- Bau- und Verkehrsdirektion

⁴ <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-98638.html>

Anfragen Wintersession 2023

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 32

Eingereicht am: 27.11.2023

Eingereicht von: Jeanneret (Sankt Immer, FDP)

Beantwortung: BVD

Verkehr in Sankt Immer – Strassenkreuzung Rue de la Suze und Rue du Midi

Die Strassenkreuzung zwischen der Rue de la Suze und der Rue du Midi in Sankt Immer macht in der lokalen Öffentlichkeit viel von sich reden. Es kommt dort oft zu Verkehrsunfällen, weil die Fahrzeuglenkerinnen und Fahrzeuglenker, die aus der Rue du Midi kommen, das Stoppschild nicht sehen, was zu unfallträchtigen Situationen führt.

Fragen:

1. Wie viele Verkehrsunfälle gab es an dieser Strassenkreuzung in den letzten fünf Jahren?
2. Entspricht die Strassenkreuzung den geltenden gesetzlichen Vorschriften?
3. Wäre eine bessere Gestaltung der Strassenkreuzung möglich (bessere Positionierung des Stoppschilds, Lichtsignalanlage, bessere Markierung usw.)?

Verteiler

- Grosser Rat
- Bau- und Verkehrsdirektion

Anfragen Wintersession 2023

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 33

Eingereicht am: 27.11.2023

Eingereicht von: Jeanneret (Sankt Immer, FDP)

Beantwortung: BVD

Kantonsstrasse Grand Rue in Sankt Immer – Stand der Dinge

Die Kantonsstrasse in Sankt Immer wurde vor mehreren Jahren im Rahmen des Projekts ConviviaCité komplett neugestaltet. Diese Umgestaltung der Kantonsstrasse verlieh Sankt Immer ein neues Image und ein attraktives Stadtzentrum, zur Zufriedenheit der Bevölkerung und der lokalen Ladeninhaberinnen und Ladeninhaber.

Allerdings stellten Anwohnerinnen und Anwohner bei starken Niederschlägen das Vorkommen von grossen Mengen an Regenabwasser fest. Da die Höhe der Trottoirs reduziert wurde, kommt es bei starkem Regen und beim Vorbeifahren von Fahrzeugen vor, dass Wasser abfließt und durch die Lichtschächte die Kellerräume an der Rue Francillon überschwemmt.

Fragen:

1. Sind Verbesserungen geplant?
2. Entsprechen die Abflussgitter an der Rue Francillon den Vorschriften, und werden sie regelmässig gereinigt?
3. Hat der Kanton dieses Phänomen in Sankt Immer und/oder anderswo nach ähnlichen Bauarbeiten beobachtet?

Verteiler

- Grosser Rat
- Bau- und Verkehrsdirektion

Anfragen Wintersession 2023

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 2

Eingereicht am: 14.09.2023

Eingereicht von: Aebi (Hellsau, SVP)

Beantwortung: WEU

Gelan – Kosten und Compliance

Fragen:

1. Wer ist für die Wartung und Weiterentwicklung verantwortlich?
2. In welcher Software werden diese umgesetzt?
3. Welche jährlichen Kosten entstehen dabei, und wie werden diese auf die Kantone aufgeteilt?

Verteiler

- Grosser Rat
- Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektion

Anfragen Wintersession 2023

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 16

Eingereicht am: 27.11.2023

Eingereicht von: Fiechter (Oberwil im Simmental, SVP)

Beantwortung: WEU

Anpassung Jagdverordnung – Handelt der Kanton Bern und schützt er Nutztiere wie auch die Bevölkerung vor dem Wolf?

Seit der Anpassung der Jagdverordnung des Bundes können ab dem 1. Dezember 2023 bis zum 31. Januar 2024 Wölfe dezimiert werden.

Fragen:

1. Wieso wurde vom Kanton Bern beim BAFU kein Gesuch gestellt, um Wölfe abzuschiessen?
2. Wäre nicht der Wolf M76 Grund genug, ein Gesuch zu stellen und den Abschuss zu verlangen?
3. Ist der Regierungsrat bereit, für Wolfsabschüsse künftig auch die Jägerinnen und Jäger dafür einzusetzen?

Verteiler

- Grosser Rat
- Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektion

Anfragen Wintersession 2023

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 25

Eingereicht am: 27.11.2023

Eingereicht von: Riem (Iffwil, Die Mitte)

Beantwortung: WEU

Wildschäden um und innerhalb von Jagdbanngebieten

Fragen:

1. Welche Verwaltungseinheit des Kantons Bern ist zuständig, um die Bejagung innerhalb der Jagdbanngebiete beim Bund zu beantragen?
2. Welche Massnahmen sind seitens der betreffenden Verwaltungseinheiten geplant, um die Wildschäden durch das Rotwild in und rund um die Jagdbanngebiete zukünftig zu verringern?

Verteiler

- Grosser Rat
- Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektion

Anfragen Wintersession 2023

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 15

Eingereicht am: 27.11.2023

Eingereicht von: Steiner (Boll, EVP)

Beantwortung: GSI

Asyl: Kollektivunterkünfte

Das Amt für Integration und Soziales (AIS) ist für die Koordination der Aufgaben der regionalen Partner zuständig, die Partnerorganisationen sind für die Unterbringung, für die Ausrichtung von Sozialhilfe und für die Integrationsförderung von Personen aus dem Asylbereich verantwortlich.

Fragen:

1. Nach welchen Kriterien wird überprüft, ob die Integrationsförderung durch die regionalen Partner erfolgreich umgesetzt wird?
2. Welche Massnahmen werden ergriffen, falls die Integrationsförderung nicht oder lediglich mangelhaft gemäss den vorgegebenen Kriterien geleistet wird?
3. Besteht die Möglichkeit für Dritte, Einblick ins Aufgabenportfolio zu erhalten?

Verteiler

- Grosser Rat
- Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion

Anfragen Wintersession 2023

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 26

Eingereicht am: 27.11.2023

Eingereicht von: Zybach (Spiez, SP)

Beantwortung: GSI

Kooperationsverträge im Gesundheitswesen Kanton Bern

Die Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Leistungserbringern im Gesundheitswesen im Kanton Bern wird offenbar auf Wunsch der GSI mit Kooperationsverträgen geregelt. Eine Vorlage für solche Verträge ist auf der Homepage des Kantons aufgeschaltet. Dabei fliessen auch finanzielle Mittel zwischen den verschiedenen Leistungserbringern z. B. für Vorhalteleistungen.

Fragen:

1. Auf welcher rechtlichen Basis müssen die Organisationen im Gesundheitswesen untereinander Kooperationsverträge abschliessen?
2. Welche Kooperationsverträge sind der GSI im Kanton Bern bekannt?
3. Welche Beträge für Vorhalteleistungen/Leistungen verrechnen sich die Organisationen gegenseitig?

Verteiler

- Grosser Rat
- Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion

Anfragen Wintersession 2023

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 28

Eingereicht am: 27.11.2023

Eingereicht von: Riesen (Neuenstadt, ES) (Sprecher/-in)
Gerber (Hinterkappelen, GRÜNE)

Beantwortung: GSI

Kantonaler Hitzeaktionsplan zum Schutz von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern

Die Kantone Genf und Waadt verfügen über einen Aktionsplan zum Schutz der Bevölkerung bei Hitzewellen. Diese Hitzeaktionspläne enthalten Empfehlungen und Informationen für die Bevölkerung, Schulen und Betreuungseinrichtungen, Vorschläge für Massnahmen an die Gemeinden usw. Im Kanton Waadt gibt es ausserdem einen Gesundheits- und Sicherheitsfonds für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der Waadtländer Baubranche (Fonds de prévention santé et sécurité pour les travailleurs de l'industrie vaudoise de la construction), bei dem Mitgliederunternehmen unter gewissen Bedingungen Ersatzleistungen beantragen können. Diese Einrichtung soll die Gesundheit und Sicherheit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gewährleisten und den Unternehmen erlauben, ihre Arbeitsorganisation zu verbessern. Die paritätischen Berufskommissionen der Waadtländer Baubranche verfügen über eine Website, die in Zusammenarbeit mit MeteoSchweiz entstand, und deren Wettervorhersagen die Wetterbedingungen vorwegnehmen und objektiv festlegen sollen, ob eine Einschränkung oder ein Unterbruch der Bautätigkeit auf den Baustellen des Kantons Waadt nötig ist.

Frage:

- Plant der Kanton Bern, dem Beispiel anderer Kantone zu folgen und mehr zum Schutz der Bevölkerung, insbesondere der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, bei Hitzewellen zu unternehmen?

Verteiler

- Grosser Rat
- Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion

Anfragen Wintersession 2023

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 29

Eingereicht am: 27.11.2023

Eingereicht von: Zbinden (Mittelhäusern, SVP)

Beantwortung: GSI

Sozialhilfeempfänger fährt Porsche

In der Berner Zeitung vom 3.10.2023 wurde in der Ausgabe Stadt+Region Bern von einem besonders schlimmen Fall von Sozialhilfebetrug berichtet. Der Artikel erschien unter dem Titel: «Er fuhr Porsche und bezog Sozialhilfe». Es ist von krassem Behördenversagen die Rede. Im Artikel werden die involvierten Stellen von Stadt und Kanton Bern für schwerwiegende Fehler kritisiert.

Fragen:

1. Welche Massnahmen, die er selbst beeinflussen kann, hat der Kanton im Nachgang zu diesem Fall ergriffen?
2. Welche Empfehlungen oder Weisungen an die weiteren involvierten Stellen, in diesem Fall die Stadt Bern, wurden herausgegeben?
3. Kann der Regierungsrat garantieren, dass zukünftig solche Fälle möglichst nicht mehr vorkommen werden?

Verteiler

- Grosser Rat
- Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion

Anfragen Wintersession 2023

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 30

Eingereicht am: 27.11.2023

Eingereicht von: Zybach (Spiez, SP)

Beantwortung: GSI

Stand kantonale Opferhilfestrategie 2023–2033 nach teilweiser Rückweisung durch den Grossen Rat vom 13.3. 2023

Wegen teilweiser Rückweisung des Geschäfts wurde die restliche Debatte auf eine der nächsten Sessionen verschoben.

Fragen:

1. Wann ist der angepasste Bericht des Regierungsrates bzw. die Fortsetzung der Debatte zu erwarten?
2. Werden die angepassten Kapitel nochmals in eine breite Vernehmlassung bei den Stakeholdern gegeben?

Verteiler

- Grosser Rat
- Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion

Anfragen Wintersession 2023

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 4

Eingereicht am: 07.11.2023

Eingereicht von: Arn (Muri b. Bern, FDP)

Beantwortung: BKD

Immobilien-gesellschaft Berner Hochschulen

Über die Entwicklung und den Zustand der Infrastrukturen der drei Berner Hochschulen wurde in diesem Rat und in den Kommissionen schon oft diskutiert. Auch wenn es noch unterschiedliche Auffassungen gibt und wohl immer geben wird, besteht Konsens, dass grosser Handlungsbedarf besteht. Aktuell ist davon auszugehen, dass mit der aktuellen Planung der m. E. berechtigte Bedarf der Hochschulen nicht zeitgerecht erfüllt werden kann. Das führt zu einer nachhaltigen Schwächung der Hochschulen, sowohl bezüglich Qualität als auch Wettbewerbsfähigkeit. Am Schluss leidet der Standort Bern in den Bereichen Bildung, Forschung und Wirtschaft. Darin einzuschliessen ist sicher auch der Medizinalstandort Bern, der dem Regierungsrat ja so wichtig ist.

Aktuell werden verschiedene Lösungsvarianten diskutiert, wobei die Hochschulen selber ja eine Variante «Immobilien-gesellschaft Berner Hochschulen» eingebracht haben. Es gibt aber sicher auch noch andere Möglichkeiten. Die Grundüberlegung scheint aber zu sein, dass es eine Veränderung im System braucht, da unter den aktuellen Rahmenbedingungen und Regelungen der eigentlich benötigte Bedarf nicht wird erfüllt werden können.

Fragen:

1. Wie beurteilt der Regierungsrat die oben skizzierte Fragestellung bezüglich der Verfügbarkeit von Infrastrukturen für die Berner Hochschulen und der sich daraus ergebenden Konsequenzen für diese Institutionen und den Standort Bern?
2. Welche Pläne hat der Regierungsrat, um die notwendigen und möglichen Veränderungen im System auszuarbeiten und dann auch umzusetzen?
3. Gibt es hier allenfalls bereits Überlegungen zum zeitlichen Verlauf und zu den Resultaten, die erwartet werden?

Verteiler

- Grosser Rat
- Bildungs- und Kulturdirektion

Anfragen Wintersession 2023

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 8

Eingereicht am: 24.11.2023

Eingereicht von: Zbinden (Mittelhäusern, SVP)

Beantwortung: BKD

Politische Neutralität der Schulleitungen

Die politische Neutralität an unseren Schulen ist sehr wichtig für das Funktionieren unserer Demokratie. Diese zu gewährleisten ist auch Aufgabe des Kantons. Leider hat sich vor kurzem erneut ein Vorfall zugegetragen, der stark an dieser Neutralität zweifeln lässt.

In der Gemeinde Köniz durfte die Bevölkerung am 19. November 2023 über die Volksinitiative «Ja zur Bildungsvielfalt – Ja zur Spez-Sek in der Lerbermatt» abstimmen. Im Vorfeld dieser Abstimmung wurde von den Schulleitungen eine Mitteilung, via Elterninformationstool Klapp, an alle Eltern in der Gemeinde Köniz verschickt mit dem Aufruf, die Initiative abzulehnen. Absender war jeweils die örtliche Schulleitung. Der Wortlaut des Aufrufs war sehr einseitig. Proargumente wurden keine aufgeführt, und einige der aufgeführten Kontraargumente, bspw. die erwähnten Mehrkosten, sind zumindest umstritten, wenn nicht sogar falsch.

Viele Eltern störten sich massiv ab dieser politischen Einflussnahme über ein Eltern-Informationstool der Schulen und erachteten die Verwendung für politische Zwecke als missbräuchlich.

Fragen:

1. Der Fragesteller geht einig mit der Meinung vieler Eltern und sieht in der Verwendung der Klapp-App, zur Verbreitung von einseitigen politischen Meinungen durch die Schulleitungen, einen Missbrauch dieser Kommunikationsplattform. Wie beurteilt dies der Regierungsrat bzw. die zuständige Direktion?
2. Wie beurteilt der Regierungsrat die Verwendung der Klapp-App für politische Zwecke in Bezug auf den Datenschutz?
3. Sind von Seite Kanton Massnahmen geplant, um die missbräuchliche Verwendung der Klapp-App in Zukunft zu verhindern?

Verteiler

- Grosser Rat
- Bildungs- und Kulturdirektion

Anfragen Wintersession 2023

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 18

Eingereicht am: 27.11.2023

Eingereicht von: Jakob (Steffisburg, SVP)

Beantwortung: BKD

Besonderes Volksschulangebot – Wachstum seit Einführung im Schuljahr 2008/2009

Seit dem Schuljahr 2008/2009 sollen die Beschulung von Kindern mit Bedarf an verstärkten sonderpädagogischen Massnahmen (Besonderes Volksschulangebot) in der Regel in der Regelschule erfolgen und die Kinder somit in die Regelklassen integriert werden. Ziel war es, dass mehr Kinder integrativ und wenn immer möglich wohnortsnah geschult werden und somit seltener Sonderschulen besuchen. Die Auswertung der Daten der jährlichen Bildungsstatistik des Kantons Bern zeigt, dass der Prozentsatz integriert geschulter Kinder mit verstärkten sonderpädagogischen Massnahmen von 0 Prozent im Schuljahr 2008/2009 auf 0,89 Prozent im Schuljahr 2022/2023 gestiegen ist. Im Gegenzug überrascht es aber, dass im gleichen Zeitraum auch der Anteil der Kinder, die separativ unterrichtet werden (Sonderschulen), von 1,5 Prozent auf 2,72 Prozent gestiegen ist.

Die Bildungsstatistik 2022/2023 zeigt auch, dass von den Kindern mit verstärkten sonderpädagogischen Massnahmen (egal ob integriert oder in Sonderschulen) nur 34 Prozent Mädchen sind. Zudem ist mit 36 Prozent der Anteil ausländischer Kinder überproportional hoch, zumal fehlende Deutschkenntnisse kein Faktor bei der Berechnung des Anspruchs auf verstärkte sonderpädagogische Massnahmen ist.

Fragen:

1. Warum hat die Integration von Kindern mit verstärkten sonderpädagogischen Massnahmen nicht zu einer Entlastung der Sonderschulen geführt?
2. Warum bekommen Knaben eher eine Diagnose, die zu verstärkten sonderpädagogischen Massnahmen führt?
3. Hat die BKD bereits Massnahmen ergriffen, damit die Zahl der Kinder im Besonderen Volksschulangebot nicht weiterwächst?

Verteiler

- Grosser Rat
- Bildungs- und Kulturdirektion

Anfragen Wintersession 2023

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 19

Eingereicht am: 27.11.2023

Eingereicht von: Jakob (Steffisburg, SVP)

Beantwortung: BKD

Stärkung der Volksschule – Geplante Massnahmen bei den Anstellungsbedingungen

Der Regierungsrat des Kantons Bern hat sich zum Ziel gesetzt, die Volksschulen weiter zu stärken und somit auch dem Personalmangel entgegenzuwirken. Er hat auf den 1. August 2024 in einem ersten Schritt Massnahmen ergriffen, um die Arbeit der Klassenlehrpersonen besser zu entlohnen, dies in Form einer Funktionsanstellung für die Klassenlehrpersonen von fünf Beschäftigungsgradprozenten und in Form einer Funktionszulage von 300 Franken pro Monat. In weiteren Schritten sollen Massnahmen für die Schulleitungen und die Lehrpersonen folgen.

Fragen:

1. Was plant der Regierungsrat, um die Anstellungsbedingungen der Schulleitungen und der Lehrpersonen zu verbessern?
2. Wie gedenkt der Regierungsrat sicherzustellen, dass bei den Massnahmen, die gestaffelt erfolgen sollen, eine gewisse Fairness eingehalten werden kann? Die Massnahmen für die Klassenlehrpersonen sind genehmigt. Es besteht das Risiko, dass spätere Massnahmen aber nicht mehr mehrheitsfähig sind, da davon auszugehen ist, dass die Summe aller Massnahmen sehr hohe Kostenfolgen nach sich ziehen wird.
3. Warum stellt der Regierungsrat kein Massnahmenpaket über alle Anspruchsgruppen (Klassenlehrpersonen, Schulleitungen, Lehrpersonen) zusammen, das zusammen bewilligt wird?

Verteiler

- Grosser Rat
- Bildungs- und Kulturdirektion

Anfragen Wintersession 2023

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 27

Eingereicht am: 27.11.2023

Eingereicht von: Zbinden (Mittelhäusern, SVP)

Beantwortung: BKD

Qualität des Sexualkundeunterrichts an Berner Schulen

Das Gesundheitsdepartement des Kantons Basel-Stadt hat 2022 eine Befragung von Schülerinnen und Schülern der 9. Klasse durchgeführt. Die Resultate sind im Jugendgesundheitsbericht 2022 nachzulesen. Viele Medien haben darüber berichtet. Die Resultate der Umfrage sind ernüchternd. Mehr als zwölf Prozent der befragten 9.-Klässlerinnen und 9.-Klässler gaben an, dass sie bisher keinen Sexualkundeunterricht in der Schule hatten. Auch jene SUS, die Sexualkundeunterricht hatten, berichteten von grossen Wissenslücken.

Fragen:

1. Hat der Kanton Bern eine ähnliche Umfrage durchgeführt oder ist eine solche geplant?
2. Kann der Lehrplan 21 garantieren, dass jedes Kind in der Volksschule Sexualkundeunterricht erhält?
3. Wie wird sichergestellt, dass im Kanton Bern eine wie in der Einleitung erwähnte Umfrage bessere Resultate darlegen würde?

Verteiler

- Grosser Rat
- Bildungs- und Kulturdirektion

Anfragen Wintersession 2023

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 34

Eingereicht am: 27.11.2023

Eingereicht von: Ritter (Burgdorf, GLP)

Beantwortung: BKD

Fragen betreffend Einführung von SAP in der Bildungs- und Kulturdirektion

Die Einführung der Informatiklösung SAP u. a. in der Bildungs- und Kulturdirektion (BKD) des Kantons Bern gibt zu Fragen Anlass, da der Prozess nicht reibungslos funktioniert. Insbesondere werden kurzfristige Mutationen (z. B. Erhalt von Diplomen mit der Folge einer Neueinstufung, Pensenänderungen innerhalb des Semesters, Einzellektionen und dergleichen mehr) offenbar nicht umgehend in der Lohnzahlung berücksichtigt.

Fragen:

1. Wie viele Lohnzahlungen an Lehrkräfte kantonaler Schulen sind derzeit noch fehlerhaft, und wie viele sind sogar noch ausstehend?
2. Welchen ungeplanten Mehraufwand haben die Anpassungen von SAP im Bereich der BKD bisher verursacht?
3. Wann kann realistischerweise damit gerechnet werden, dass SAP im Bereich der BKD zumindest bezüglich Lohnzahlungen, Abrechnung von Spesen (z. B. für Schneesportlager und Ähnliches) und Abrechnung mit Lieferanten einwandfrei funktioniert?

Verteiler

- Grosser Rat
- Bildungs- und Kulturdirektion

Anfragen Wintersession 2023

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 13

Eingereicht am: 26.11.2023

Eingereicht von: Schär (Schönried, FDP)

Beantwortung: FIN

Zukünftige Neubewertung der amtlichen Werte für Liegenschaften im Kanton Bern

Die amtlichen Neubewertungen (AN2020) im Saanenland und im Berner Oberland bereiten vielen Liegenschaftsbesitzerinnen und Liegenschaftsbesitzern immer noch grosse Sorgen. Einige Einsprechende warten seit Oktober 2020 auf einen Einspracheentscheid. Seit Januar 2022 ist ein neues zukunftsgerichtetes Projekt in Bearbeitung, welches das Verfahren vereinfachen sollte. Wir sind gespannt, ob es gelingt, bei der NewAN ein System zu kreieren, das für den ganzen Kanton anwendbar wird, oder ob punktuell vor Ort Bewertungen aufgenommen werden müssen?

Fragen:

1. Wird für das zukünftige Modell auch die Variante «Kanton Waadt» einbezogen? (Wir sind eine Nachbargemeinde des Kantons Waadt, immer wieder werde ich von Liegenschaftsbesitzerinnen und Liegenschaftsbesitzern und Fachleuten ermuntert, «macht es doch wie der Kanton Waadt.»)
2. Wie sieht der Zeitplan aus, Projektfortschritt NewAN?
3. Wurden oder werden Personen von speziellen Regionen wie zum Beispiel Stadt- oder-Tourismuseregionen miteinbezogen?

Verteiler

- Grosser Rat
- Finanzdirektion

Anfragen Wintersession 2023

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 22

Eingereicht am: 27.11.2023

Eingereicht von: Vanoni (Zollikofen, GRÜNE) (Sprecher/-in)
Kohler (Meiringen, GRÜNE)

Beantwortung: FIN

Nachhaltige und klimaschonende Beschaffung: Umsetzung der IVöB 2019 in Kanton und Gemeinden?

Am Regionstag der Regionalkonferenz Bern-Mittelland (RKBM) sind die versammelten Gemeindevertretungen ausführlich über den Auftrag der Gemeinden und konkrete Möglichkeiten zur Förderung der nachhaltigen Entwicklung informiert worden, namentlich im Bereich nachhaltige Beschaffung. Dabei wurde mit einer Powerpointpräsentation⁵ auf den «kantonalen Rahmen» hingewiesen: die revidierte Interkantonale Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen (IVöB 2019). Mittels einer Schweizerkarte wurde aufgezeigt, in welchen Kantonen die revidierte IVöB 2019 bereits in Kraft ist oder ein kantonales Beitrittsverfahren läuft. Der Kanton Bern ist auf dieser Karte, die von der Website⁶ der Bau-, Planungs- und Umweltdirektoren-Konferenz (BPUK) übernommen wurde, als Sonderfall dargestellt: Er sei «nicht Mitglied der IVöB 2019. Er wendet diese interkantonale Vereinbarung als kantonales Recht mit eigenem Rechtsweg an.» Was dieser Hinweis konkret zu bedeuten hat, blieb am besagten RKBM-Regionstag unklar.

Der Grosse Rat des Kantons Bern hat am 8.6.2021 das «Gesetz über den Beitritt zur Interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen» beschlossen. Es ist vom Regierungsrat per 1.2.2022 in Kraft gesetzt worden. Im neusten Newsletter⁷ der kantonalen Koordinationsstelle wird darauf hingewiesen, dass der Kanton und die Gemeinden im Rahmen des revidierten Beschaffungsrechts zur Berücksichtigung der ökologischen Nachhaltigkeit und ausdrücklich auch des Klimaschutzes verpflichtet sind. Gemäss den neusten Weisungen und Erläuterungen der kantonalen Beschaffungskonferenz dürfen die Behörden des Kantons Bern «keine Beschaffungen durchführen, die dem Klimaschutzaufrag der Verfassung widersprechen. Sie müssen insbesondere durch geeignete Kriterien sicherstellen, dass keine klimaschädlichen Leistungen beschafft werden, soweit dies technisch und wirtschaftlich möglich ist.»⁸

Fragen:

1. Ist der Kanton Bern vollumfänglich Mitglied der IVöB 2019 und somit uneingeschränkt auf deren Vorgaben zur Förderung nachhaltiger Beschaffung verpflichtet?
2. Sind die Beschaffungsstellen in Kanton und Gemeinden aktiv und ausreichend über die Neuerungen punkto nachhaltiger und insbesondere klimaschonender Beschaffung informiert worden?
3. Wie gut ist nach Einschätzung der kantonalen Behörden die Umsetzung dieser Neuerungen und der dafür nötige Wissensstand in den Beschaffungsstellen in Kanton und Gemeinden?

Verteiler

- Grosser Rat
- Finanzdirektion

⁵ vgl. Seite 8 der veröffentlichten Gesamtpräsentation: <https://www.bern-mittelland.ch/wAssets/docs/agenda/Veranstaltungen/231110-Regionstag/231110-Gesamtpraesentation-Regionstag.pdf>

⁶ <https://www.bpuk.ch/bpuk/konkordate/ivoeb/ivoeb-2019>

⁷ <https://www.kaio.fin.be.ch/de/start/themen/oeffentliches-beschaffungswesen/newsletter.html>

⁸ <https://www.kaio.fin.be.ch/de/start/themen/oeffentliches-beschaffungswesen/fuer-auftraggebende---beschaffungsstellen/Nachhaltige-Beschaffung.html>